

Yu-Hsi Nieh

Historische Wende in Hongkong:

Veränderungen und keine Veränderungen nach der Rückgabe der Kronkolonie an China

Machtwechsel zwischen London und Beijing

Am 30. Juni und 1. Juli blickte die ganze Welt auf Hongkong. Pünktlich um 0 Uhr in der Nacht wurde die Kronkolonie offiziell an China zurückgegeben. Prinz Charles repräsentierte Großbritannien und Präsident Jiang Zeming die VR China auf dieser prächtigen Übergabezeremonie. Neben ihnen waren u.a. auch die Regierungschefs beider Seiten, Premierminister Tony Blair und Ministerpräsident Li Peng, zugegen. Insgesamt waren 4.000 Ehrengäste aus 40 Staaten und 40 internationalen Organisationen eingeladen. Ferner waren 8.000 Reporter von 750 Nachrichteninstitutionen zur Berichterstattung über die Zeremonie der Superlative, die man als Jahrhundertereignis bezeichnen kann, gekommen.

Die Insel Hongkong war im sogenannten Opiumkrieg (1840-1842) in britische Hände gefallen. In Chinas Geschichte der Neuzeit kennzeichnete dies den Anfang einer Periode von Demütigungen durch imperialistische Unterdrückung und Halbkolonialismus. Am 26. Januar 1841 wurde die britische Nationalflagge zum ersten Mal in Hongkong gehißt. Über 156 Jahre später wurde sie in der letzten Minute des 30. Juni 1997 während der Machtwechselzeremonie eingeholt, und unmittelbar darauf mit Beginn des 1. Juli wurde die Nationalflagge der VR China aufgezogen. Damit war die Übergabe der Souveränität vollzogen.

Neben dem Wechsel von Nationalflaggen wurden bei allen öffentlichen Institutionen und Einrichtungen auch alle britischen nationalen Wappen einschließlich aller Bilder der Königin ab 1. Juli durch chinesische nationale Wappen ersetzt. Eine Namensänderung ist ebenfalls immer dann erforderlich, wenn sich die ehemalige Bezeichnung monarchistisch zeigte, so z.B. „Hong Kong Post“ statt „Royal Mail“ und „Government Counsel“ statt „Crown Counsel“ bei der Justizbehörde. Banknoten wie Briefmarken tragen kein Porträt der Königin mehr. Auch der „Victoria Park“ soll wieder in „Causeway Bay Park“ umbenannt werden. Es bleibt fraglich, ob alle Straßennamen, die im Zusam-

menhang mit dem britischen Kolonialismus stehen, später ebenfalls verändert werden.¹

Abgeschafft werden die zwei Feiertage zum Geburtstag der britischen Königin. Als Kompensation erhalten die Hongkonger aber zwei andere Feiertage, nämlich den Tag der Rückgabe Hongkongs an China am 1. Juli und den Nationalfeiertag der VR China am 1. Oktober. Unberührt bleiben die christlichen Religionsfeiertage wie Ostern und Weihnachten. So hat Hongkong unter der chinesischen Regierung insgesamt 17 gesetzliche Feiertage im Jahr, ebenso viel wie unter der britischen Regierung. Anlässlich der großen Feierlichkeiten des Machtwechsels bescherte die Regierung Beijing die Einwohner Hongkongs mit einem Bonus von drei Extrafeiertagen.²

Die neue Regierung Hongkongs unter chinesischer Souveränität

Zehn Minuten nach der Beendigung der Zeremonie des Machtwechsels, um 1.30 Uhr, wurde die neue Regierung der Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong der VR China offiziell gegründet. Zu Zeiten der britischen Kolonie war der Gouverneur stets von London ernannt und das Amt auch immer von einem Engländer bekleidet worden. Zum ersten Regierungschef („Xingzheng Zhangguan“ in Chinesisch und „Chief Executive“ in Englisch) der neuen SVZ-Regierung war im letzten Dezember Tung Chee-hwa (Dong Jianghua, 60) von einem Auswahlkomitee gewählt worden. Die 400 Mitglieder des Auswahlkomitees sind alle aus Hongkong und mit wenigen Ausnahmen der chinesischen Regierung wohlgesonnen, denn sie wurden vom chinesischen Vorbereitungskomitee für die Übernahme Hongkongs ausgewählt, das wiederum von Beijing mit 56 Mitgliedern aus der VR China und 94 aus Hongkong zusammengesetzt wurde. Tung gilt auch von vornherein als die von Beijing für das genannte Amt gewünschte Person.

Große Reibungen gab es beim Parlamentswechsel. Laut Vereinbarung zwischen London und Beijing sollen 20 der insgesamt 60 Mitglieder des ersten Parlaments (Lifahui) der SVZ wie bei der Zusammensetzung des letzten Parlaments unter der britischen Kolonialregierung vom Volk direkt, 10 vom Wahlkomitee und 30 von verschiedenen „functional constituencies“ (wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionskörperschaften) indirekt gewählt werden. Ferner dürfen nach einem Beschluß des chinesischen Nationalen Volkskongresses (NVK) die Mitglieder des letzten kolonialen Parlaments, die den Anforderungen des Grundgesetzes der SVZ genügen, Mitglieder des ersten SVZ-Parlaments werden. Da aber der britische Gouverneur Chris Patten trotz des Widerstandes der chinesischen Seite eine Wahlreform durchgeführt hatte, damit die indirekten Wahlen praktisch in direkte Wahlen umgewandelt wurden, strich Beijing den „D-Zug“ für den im September 1995 für vier Jahre gewählten Legislativrat. Statt dessen wurde ebenfalls vom o.g. Auswahlkomitee im Dezember 1996 ein Provisorischer Legislativrat ausersehen.

¹SCMP, 23.6.97.

²Ebenda, 16.6.97.

Nach dem Machtwechsel wurde das unter der britischen Kolonialregierung zuletzt gewählte Parlament zwar von China aufgelöst, doch wurden immerhin 33 Mitglieder davon, d.h. die Mehrheit, ins neue Parlament aufgenommen. Die Zahl der Gesamtsitze bleibt unverändert bei 60. Aus Protest gegen den undemokratisch zusammengesetzten Provisorischen Legislativrat blieben die britische und die amerikanische Delegation der Inaugurationszeremonie der Abgeordneten- und Regierungsmitglieder der SVZ fern.

Unter Gouverneur Patten wurde neben der Wahlreform noch die Funktion des Legislativrates im Geist des Parlamentarismus erweitert. Dies will der neue Regierungschef der SVZ, Tung, nach eigenen Worten rückgängig machen. Die Exekutive soll, so heißt es, die führende Rolle spielen, oder, mit anderen Worten, das Parlament soll wieder den Status eines Beratungsorgans wie vor Pattens politischer Reform erhalten. Allgemein begrüßt wird es, daß Tung bei der Bildung seiner neuen Regierung fast die gesamte Mannschaft seines Vorgängers auf der Führungsebene übernommen hat - mit nur einer Ausnahme von Attorney-General Jeremy Mathews, der als britischer Bürger gemäß dem SVZ-Grundgesetz die hohe Position nach dem Machtwechsel nicht behalten kann. Dies dient der politischen Stabilität und Kontinuität. Doch gibt es auch Zweifel, ob diese Leute im Hinblick auf ihre Mitwirkung an der Reform unter Patten noch langfristig mit Tung zusammenarbeiten wollen oder können, wenn die bislang erreichte Demokratie und Freiheit im Territorium abgebaut werden sollen. Besonders Frau Anson Chan Fang On-sang, die als Administrative Secretary an der 2. Stelle in der Regierungshierarchie steht, hat kürzlich in einem Presseinterview kritische Bemerkungen zum Führungsstil des neuen Regierungschefs gemacht.³

Ungewißheit bei der Meinungsfreiheit

Der große Kummer der Einwohner Hongkongs nach dem Machtwechsel zwischen London und Beijing ist die Meinungsfreiheit. Vor den 90er Jahren gab es in Hongkong unter der britischen Kolonialregierung ursprünglich auch wenig politische Freiheiten. Erst am 5. Juni 1991, zwei Jahre nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung in China, hat das Hongkonger Parlament ein Gesetz „Bill of Rights“ verabschiedet, um damit die Grundrechte seiner eigenen Bürger in Zukunft unter der chinesischen Regierung zu sichern. Entsprechend wurden in den letzten Jahren noch eine Reihe von Gesetzen und Bestimmungen wie Einreise-, Gesellschaftsorganisations-, Straf-, Antibestechungs-, Antikorruptions- und Polizeivorschriften novelliert. Dies stieß auf heftigen Widerstand seitens der chinesischen Regierung, die argumentierte, daß alle Bürgerrechte bereits im Grundgesetz der SVZ verankert seien und die „Bill of Rights“ keinen höheren Stellenwert als das Grundgesetz einnehmen dürfe. Darauf verabschiedete der Provisorische Legislativrat kurz nach dem Machtwechsel ein „Gesetz zur Rückkehr Hongkongs“, das u.a. die vor dem Machtwechsel geänderten Bestimmun-

gen hinsichtlich öffentlicher Sicherheit und Gesellschaftsorganisationen wieder rückgängig machte. So müssen in Zukunft Demonstrationen von der Polizei genehmigt werden. Politische Organisationen stehen wieder unter strenger Kontrolle. Sie dürfen nicht mehr Kontakte zu ausländischen Partnerorganisationen unterhalten oder Finanzspenden aus dem Ausland annehmen.

Dennoch hat es am ersten Tag nach dem Machtwechsel Demonstrationen gegen Beijing gegeben. Dem Führer der Democratic Party, Martin Lee, und zahlreichen seiner Anhänger war es trotz Verbotes gelungen, am 30. Juni gegen Mitternacht vom Balkon des Parlamentsgebäudes einem Publikum von rund 1.500 Menschen eine Erklärung gegen die Auflösung des 1995 demokratisch gewählten Legislativrates, dem er angehörte, kundzugeben. Am Nachmittag des 1. Juli veranstaltete die „Hong Kong Alliance in Support of Patriotic Democratic Movements in China“ eine noch größere Demonstration mit Parolen gegen Li Peng, gegen die Diktatur der Kommunistischen Partei und für die Demokratie in China, an der 3.000-5.000 Menschen teilnahmen. Die Polizei griff nicht ein mit der Begründung, die Demonstrationen seien noch vor dem Machtwechsel nach den alten Bestimmungen angemeldet worden.⁴ Offenbar wollten die neuen Machthaber nicht die Feststimmung durch Konflikte zwischen Sicherheitsbeamten und Demonstranten stören. Es bleibt ungewiß, ob in Zukunft ähnliche Veranstaltungen unter den neuen Bestimmungen weiter erlaubt werden.

Ungewiß ist auch die Aufrechterhaltung der Pressefreiheit in Hongkong nach der Wende. Hongkong gilt bislang als das führende Medienzentrum in Asien und als bedeutendste Station für „Chinawatcher“. Von hier wurden häufig interne Nachrichten - und natürlich auch Gerüchte - aus China, die durchgesickert waren, verbreitet. Zahlreiche einheimische Zeitungen und Zeitschriften sind infolge ihres stark kritischen oder gar feindlichen Standpunktes gegenüber dem kommunistischen Regime Beijing ein Dorn im Auge. Am 3. November 1996 hatte der chinesische Außenminister und gleichzeitige Vorsitzende des Vorbereitungskomitees für die Rücknahme Hongkongs, Qian Qichen, bereits eine Einschränkung der Pressefreiheit in der SVZ angekündigt. Zwar sagte er, es werde weiterhin Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie das Streikrecht in Hongkong geben. Aber er glaube nicht, so schränkte er ein, daß „die Verbreitung von Gerüchten und persönliche Angriffe“ etwas mit Pressefreiheit zu tun hätten.⁵ Das Problem ist nur, daß die Führung in Beijing einen anderen Maßstab für Pressefreiheit hat als bisher Hongkong.

Angesichts der neuen Lage üben einige Blätter schon Selbstdisziplin. So reduzierten die *Ming Pao* und die *Xinwen Tiandi* z.B. die Kritiken an Beijing, und die *South China Morning Post* stellte einen chinesischen Berater ein, der auch Mitarbeiter des zu Beijing gehörenden englischsprachigen Organs *China Daily* ist. Manche Blätter haben Hongkong bereits verlassen, und manche bereiten einen eventuellen Umzug vor; so hat die *Jiushi Niandai* (The Nineties) ein zweites Büro in Taiwan eröffnet. Auch das *Asian Wall Street Journal* soll ab Herbst d.J. in Taiwan

³Anm.1, 26. und 27.6.97.

⁴Ebenda, 2.7.97.

⁵FAZ, 4.11.96.

gedruckt und herausgegeben werden. Es gibt jedoch noch einige mutige stark kritische Periodika wie *Zhengming* und *Dongxiang*, die ihre Stellung nicht verändern wollen. Die meisten ausländischen Nachrichtenorgane wollen ebenfalls ihre Zweigstellen in Hongkong aufrechterhalten. Das US-Nachrichtenmagazin *Time* hat in diesem Jahr die Herausgabe ihrer Asienausgabe nach Hongkong verlagert. Zum ersten Mal, wie es in einem Bericht der *International Tribune* heißt, werden in einem Land unter kommunistischer Kontrolle so viele westliche Zeitungen und Zeitschriften vertrieben.⁶ Ob die Pressefreiheit in Hongkong nach dem Machtwechsel langfristig weiter bestehen kann, ist auch ein wichtiger Test für die Funktion des Modells von „einem Staat, zwei Systeme“, das Beijing ausgerufen hat.

Business as usual

Abgesehen von der Meinungs- und Pressefreiheit sollen die anderen Grundrechte der Einwohner Hongkongs, wie z.B. Freizügigkeit, Privateigentum, Familienplanung und Religionsfreiheit, voraussichtlich unangetastet bleiben. Dies betrifft zweifellos auch das Wirtschaftsleben. In seiner Festrede beim Machtwechsel bekräftigte Präsident Jiang Zemin: „Hongkong wird weiterhin seine Rolle als Freihafen, als internationales Finanz-, Handels- und Schiffahrtszentrum spielen und eine wichtige Brücke zwischen unserem Land und anderen Staaten der Welt für wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch bleiben.“ Durch Hongkong Kapital, fortschrittliche Technologie und Managementenerfahrungen einzuführen sei vorteilhaft für die Reform, Öffnung und Modernisierung im chinesischen Inland.⁷

Rechnungswesen haben und keine Steuern an die Zentralregierung abführen. Da die Grenze zwischen dem Mutterland und der SVZ nicht abgebaut und die Zuwanderung von Chinesen nach Hongkong sogar noch strenger kontrolliert wird, soll es hier nicht zu einem Effekt wie nach der deutschen Wiedervereinigung kommen. Auch eine Einschränkung der Pressefreiheit wird Hongkongs Wirtschaft wahrscheinlich nicht viel beeinflussen. Man braucht nur auf Singapur zu blicken, wo die Wirtschaft trotz strenger Zensur floriert. Schwierigkeiten für die Wirtschaftsentwicklung der SVZ dürften auftauchen, wenn die Korruption wieder auflebt und die Rechtsstaatlichkeit beschädigt wird.



Quelle: FCJ, 13.6.97.

Hongkong ist der größte Exportmarkt Chinas und führender exterritorialer Investor in China. Man bezeichnet Hongkong als eine „Gans“, die für China „goldene Eier legt“. Es gibt also keinen Grund dafür, daß Beijing diese Gans schlachten sollte. Gemäß der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 soll die SVZ Hongkong weiter freie Handelspolitik einschließlich des freien Waren- und Kapitalverkehrs betreiben. Als einheimische Währung bleibt der Hongkong-Dollar in Umlauf und frei konvertierbar. Die SVZ wird ein unabhängiges Finanz- und eigenes

⁶IHT, 26.6.97; *Taiwan aktuell*, München, 16.6.97; ZYRB, 28.6.97.

⁷Anm. 1, 1.7.97.